

6. Februar

Wir vergessen nicht, den Verantwortlichen dieser Katastrophe, vergeben wir nicht!

Ein Jahr ist seit den Erdbeben vom 6. Februar vergangen, die große Zerstörungen angerichtet und vielen Menschen das Leben gekostet haben. Ein Jahr nach dem Erdbeben sind die Wunden noch nicht verheilt, und die Menschen im Erdbebengebiet kämpfen nach wie vor um ihr Überleben, selbst wenn es um die grundlegendsten Bedürfnisse geht. In der Erdbebenregion ist der Zugang zu Unterkünften, Nahrung, sauberem Wasser und Hygieneartikeln auch heute, ein Jahr nach dem Erdbeben, immer noch äußerst schwierig. Kinder leiden aufgrund von Unterernährung an Entwicklungsstörungen, Bürger:innen können öffentliche Dienstleistungen im Gesundheits- und Bildungswesen nicht in Anspruch nehmen.

Angesichts der bevorstehenden Kommunalwahlen haben Politiker aus verschiedenen Ecken des Systems ihr Augenmerk wieder auf das Erdbebengebiet gerichtet. Wenn wir uns die Kandidaten dieser verschiedenen Parteien, die vermeintlich unterschiedliche Ansichten vertreten, genauer ansehen, stellen wir fest, dass sie sich gar nicht so sehr voneinander unterscheiden. Und zwar in so einem Maß, dass der AKP-Chef Erdoğan bei der Kandidatenvorstellung in Hatay seine eiserne Faust im Samthandschuh schwang und sagte: „Wenn ihr uns nicht wählt, wird euch keine Dienstleistung gewährt“, während die CHP, die sich als Oppositionspartei bezeichnet, den Bürgermeister der letzten Periode und einen der Hauptverantwortlichen für die Zerstörung in Hatay während des Erdbebens, Lütfü Savaş, nominierte, und ankündigte, dass sein Rücktritt nicht in Frage käme, und somit die Haltung einnahm: „Diejenigen, die uns nicht wählen, verdienen die Katastrophe, die ihnen widerfahren ist“.

Weder die Menschen in Hatay noch andere vom Erdbeben betroffene Bürger:innen haben all das verdient!

Nach den Erdbeben zeigten die Menschen in fast allen Teilen des Landes und in den Regionen, in denen viele Türkeistämmige leben, wie z. B. in Deutschland, große Solidarität. Die Werktätigen aus dem ganzen Land und der ganzen Welt spendeten von ihrem Lohn und taten ihr Bestes, um die Bedingungen im Erdbebengebiet zu verbessern. Auch in Deutschland wurden groß angelegte Spenden- und Hilfsaktionen

organisiert, doch die hier gesammelten Hilfen wurde über die Konsulate zu einer Show inszeniert und an zwielichtige Einrichtungen wie AFAD und Kızılay weitergeleitet. Während die Frage, wo die gesammelten Spenden gelandet sind, unbeantwortet bleibt, sind neue Fragen hinzugekommen: Ist bekannt, wohin die Bauunternehmer geflohen sind, die für etwaige Bauschäden verantwortlich sind, die Betonsäulen entfernt und illegale Gebäude ohne Genehmigung gebaut haben? Wie viele von ihnen werden als „geflohen“ bezeichnet und bewegen sich frei im Ausland? Was ist das Schicksal der Familien, die durch die Erdbeben geschädigt wurden und nach Deutschland ausgewandert sind?

In der Vergangenheit konnten Verbrechen, die von diebischen Bauunternehmern begangen wurden, Bürokraten, die Bestechungsgelder annahmen, und Politiker, die Bauamnestien für Bausünder erteilten, ungestraft bleiben, Gerichtsprozesse wurden unter Ausnutzung von Gesetzeslücken fallen gelassen, und Bauunternehmer, deren Gebäude wie Papier in sich zusammenfielen, konnten sogar eine Position als Präsidentenberater ergattern. Die TKP wird, anders als die Hüter dieser Ordnung, die Verantwortlichen, die die Schuld dafür tragen, dass sich das Erdbeben zu einer Katastrophe entwickelt hat, zur Rechenschaft ziehen. Als die Deutschland-Organisation der TKP erklären wir, dass wir nicht zulassen werden, dass diese Fragen in Vergessenheit geraten, und dass wir ihnen nachgehen werden!

Wir vergessen nicht, wir vergeben nicht!

Wir sind den Bauunternehmern und den politisch Verantwortlichen für die verheerenden Folgen des Erdbebens vom 6. Februar 2023 auf den Fersen und rufen alle unsere Freunde dazu auf, sie gemeinsam zur Rechenschaft zu ziehen!

**Kommunistische Partei
der Türkei
Deutschland Organisation
6. Februar 2024**

